



Beschluss

dbb fordert 100 Euro Sockel und 3,5 Prozent!

In einer gemeinsamen Sitzung von Bundestarifkommission, Bundesvorstand und Grundsatzkommission für Besoldung und Versorgung hat der dbb beamtenbund und tarifunion am 11. Februar 2014 in Berlin seine Forderungen für die Einkommensrunde 2014 mit Bund und Kommunen beschlossen.

Der dbb fordert:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um einen Sockelbetrag von 100 €
- plus lineare Erhöhung der Tabellenentgelte um 3,5 %
- Erhöhung der Auszubildendenentgelte um 100 € monatlich
- 30 Tage Urlaub für alle (inkl. Azubis)
- unbefristete Übernahme aller Auszubildenden
- Vereinbarung einer Nahverkehrszulage (TV-N) von 70 € monatlich
- Pauschaler Ausgleich von 500 € jährlich (bis VG Vc BAT) für den Wegfall der BAT-Aufstiege (Anlage 1a zum BAT) bis zum Inkrafttreten einer Entgeltordnung im Bereich VKA
- Verhandlung einer Überleitungsregelung für Leistungsgeminderte in den TVöD
- Verhandlungen zur Übergangsversorgung für die Beschäftigten im Einsatzdienst der kommunalen Feuerwehr
- Tarifvertraglicher Ausschluss sachgrundloser Befristungen
- Beendigung der Schlechterstellung bei Nachtarbeitszuschlägen in kommunalen und in Bundeswehrkrankenhäusern
- Laufzeit: 12 Monate
- Zeit- und inhaltsgleiche Übernahme für Beamtinnen und Beamte

Wachstumsmotor öffentlicher Dienst!

„Deutschland ist Wachstumsmotor in Europa. Deutschland ist Stabilitätsanker in Europa. Wir sind rascher und stärker aus der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise herausgekommen als andere. Wir tragen maßgeblich dazu bei, dass die europäische Staatsschuldenkrise überwunden werden kann. Für diese Erfolgsgeschichte ist das Zusammenspiel der Sozialpartner ganz entscheidend, das Zusammenspiel der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, das unserem Land gemeinsam mit klugen politischen Entscheidungen die Stabilität und Stärke gibt, die heute notwendig sind.“

(Aus der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 29. Januar 2014 im Deutschen Bundestag)



Bundeskanzlerin Merkel hat es Ende Januar eindeutig formuliert: Der deutsche Wirtschaftsmotor brummt und die gute Infrastruktur sowie die lebendige Sozialpartnerschaft im Lande sind maßgeblich dafür verantwortlich. Um es klar und deutlich zu sagen: Die von Kanzlerin Merkel angesprochene Erfolgsgeschichte ist auch die Geschichte des stabilen und leistungsfähigen öffentlichen Dienstes in Deutschland. Um diese Erfolge für unser Land zu verstetigen, darf dieser Motor nicht abgewürgt werden. Wachstumsmotor und Schuldenbremse können hier nicht nur bildlich gesprochen zu einem schroffen Gegensatz werden. Der öffentliche Dienst ist in vielen Ländern Europas angeschlagen. Es sind oftmals genau die Länder, die aktuell die größten ökonomischen und sozialen Probleme haben. Anders in Deutschland: Hier ist der öffentliche Dienst Wachstumsmotor und Garant eines funktionierenden Sozialstaats. In diesem Sinne ist die anstehende Einkommensrunde mit Bund und Kommunen durchaus auch als Werkstattbesuch zu verstehen. Ohne Pflege und Wartung läuft kein Motor auf die Dauer rund. Ohne das Bild auf die Spitze treiben zu wollen: In der Einkommensrunde 2014 geht es um Pflege und Wartung. Es muss aber auch ordentlich aufgetankt werden.

Einkommensperspektiven schaffen, Zukunft sichern

Der öffentliche Dienst darf aufgrund der hohen Leistungsfähigkeit der Beschäftigten, ihrer guten Ausbildung sowie ihrer oben skizzierten Bedeutung für die Infrastruktur im Land nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung abgehängt werden. Dies muss sich in spürbaren Einkommensverbesserungen niederschlagen. Dabei legt der dbb Wert darauf, dass über eine soziale Komponente die unteren Einkommensgruppen nicht von den hohen Lebenshaltungskosten in Bedrängnis gebracht werden.

Eine attraktive Gestaltung der Einkommen ist wesentliches Element, um den öffentlichen Dienst im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft attraktiv zu halten. Aufgrund der Altersstruktur des öffentlichen Dienstes, aber auch mit Blick auf die immer komplexer werdenden Aufgaben und die sich daraus ergebenden Anforderungen an ein gut ausgebildetes Personal, muss der wesentliche Parameter für die Gestaltung der Einkommensperspektiven nicht allein der Haushalt sein, sondern der längst entbrannte Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um die besten Köpfe.

Jugend ist unverzichtbar

Der dbb will die Einkommensrunde 2014 dazu nutzen, die Entgelt- und Arbeitsbedingungen der Auszubildenden nachdrücklich zu verbessern. Der öffentliche Dienst muss sich mehr denn je als Arbeitgeber präsentieren, der seine Nachwuchskräfte unbedingt halten will und um sie wirbt. Dazu gehören attraktive materielle Bedingungen. Mit der unbefristeten Übernahme von Auszubildenden ist hier nur ein erster Schritt getan.



Konkrete Probleme konkret lösen

Im Zentrum stehen die oben genannten Themen. Wir wollen die Einkommensrunde 2014 aber nicht ungenutzt lassen, um wichtige Probleme in Teilbereichen des öffentlichen Dienstes konkret anzugehen. Dazu gehört neben der noch immer nicht erledigten Schaffung einer Überleitungsregelung für Leistungsgeminderte vor allem auch eine Diskussion um die Zukunft des Nahverkehrs. Das, was heute in diesem Segment unter Wettbewerb verstanden wird, ist meist ein Einsparwettbewerb bei den Personalkosten. Das bleibt auf Dauer nicht ohne Konsequenzen für die Qualität. Deutschland lebt von seiner Mobilität und von der Qualität seiner Dienstleistungen. Die haben ihren Preis. Auch im Nahverkehr und in den Krankenhäusern. Schließlich ist die ungebremsste Ausdehnung sachgrundloser Befristungen zu beenden.

Es gibt nur einen öffentlichen Dienst!

Für den dbb ist der öffentliche Dienst unteilbar. So sehen es auch die Bürgerinnen und Bürger. Und so will es von der Idee her auch das Grundgesetz, das von gleichen Lebensverhältnissen im ganzen Land spricht. Bezogen auf den Bürger bedeutet es, dass egal sein muss, ob man öffentliche Dienstleistungen in Stralsund oder in Freiburg in Anspruch nimmt. Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bedeutet das folglich, dass die Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung im Lande nicht vom Status abhängig sein darf. Für die Einkommensrunde 2014 fordert der dbb deshalb, dass die linearen Komponenten des Tarifabschlusses zeit- und inhaltsgleich auf den Beamtenbereich übertragen werden.

Kontinuität sichern

Mit einer Laufzeit von 12 Monaten erlaubt die Forderung verlässliche haushalterische Planungen und verbaut zugleich nicht die Möglichkeit, die weiteren wirtschaftlichen Entwicklungen nach einem Jahr neu zu bewerten.

Ergebnisorientiert verhandeln

Schließlich erwarten wir, dass die Verhandlungen zur Einkommensrunde 2014 ergebnisorientiert geführt werden. Unsere Forderungen liegen vor. Bis zum Verhandlungsauftritt in Potsdam haben Bund und Kommunen einen Monat Zeit, sich zu positionieren. Wir erwarten am 13. März 2014 ein ergebnisorientiertes Angebot. Gegen versuchtes Zeitspiel werden wir direkt vorgehen. Mit aller Entschlossenheit!